

# BESCHLUSS XIII – PAPUA-NEUGUINEA

## THEMA: AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

### BETREFF: BEKÄMPFUNG DER ILLEGALEN, NICHT GEMELDETEN UND UNREGULIERTEN FISCHEREI (IUU-FISCHEREI)

Die Generalversammlung,

- |                      |   |
|----------------------|---|
| Alarmiert            | über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei), durch die viele Küstenstaaten eines wesentlichen Teils ihrer Ressourcen und Einnahmen beraubt werden,  |
| In Erinnerung rufend | dass das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen den Staaten das souveräne Recht anerkennt, die lebenden Ressourcen in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone zu nutzen, zu bewirtschaften und zu erhalten,   |
| Bedauernd            | das Fehlen internationaler Entscheidungsmechanismen, die es den von der IUU-Fischerei betroffenen Staaten ermöglichen würden, ihre Hafeninfrastrukturen, ihre marinen Ressourcen und ihre Lebensgrundlagen auf nachhaltige Weise wiederherzustellen,  |
| Empört               | über die Untätigkeit mehrerer Staaten gegenüber IUU-Fischereiaktivitäten, die von ihren eigenen Staatsangehörigen durchgeführt werden, wodurch die Achtung des Seerechts geschwächt wird,   |
| Hervorhebend         | dass kein Staat für sich in Anspruch nehmen kann, nachhaltige Entwicklung zu verteidigen, während er gleichzeitig die von seinen eigenen Staatsangehörigen begangene IUU-Fischerei ignoriert,   |
| Überzeugt            | dass der Kampf gegen die illegale Fischerei nur dann nachhaltig gewonnen werden kann, wenn die Staaten Verantwortung übernehmen und sich verpflichten, den den betroffenen Ländern zugefügten Schaden wiedergutzumachen,  |
| Beschließt           | unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einen internationalen Entschädigung Mechanismus einzurichten, um die durch die IUU-Fischerei verursachten Verluste zu bewerten, der folgende Aufgaben übernehmen soll: <ul style="list-style-type: none"><li>- die Einrichtung eines internationalen Programms für gemeinnützige Arbeiten, das es wegen IUU-Fischerei verurteilten Fischern ermöglicht, im maritimen Sektor der betroffenen Staaten zu arbeiten, als Ersatz für eine Freiheitsstrafe;</li><li>- in Erinnerung zu rufen, dass diese Arbeiten der Rückzahlung der den betroffenen Ländern geschuldeten Schuld dienen, wobei die Löhne vollständig vom Herkunftsstaat der Verurteilten finanziert werden;</li><li>- zu verlangen, dass diese Programme eine Ausbildung in nachhaltiger Fischerei umfassen, um legale Fischerei zu fördern und jede Rückfälligkeit zu verhindern.</li></ul> |

*Der französische Text ist maßgebend.*